

Massiver Warnstreik, aber keine Tarifeinigung Geschäftsleitung des MDR blockiert weiter bei wichtigen Themen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestern haben ca. 230 Beschäftigte des MDR in Leipzig mit einem mehrstündigen Warnstreik in der Zeit zwischen 12:30 Uhr und 20 Uhr ihren deutlichen Unmut und Protest zum bisherigen Verhalten der Geschäftsleitung des MDR in den Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Somit haben sich binnen weniger Tage rund 400 Beschäftigte des MDR an den Warnstreiks beteiligt.

Mit der Aufbesserung um 0,2 % auf nunmehr +2,2 % ab 1.4.2017 bei den prozentualen Steigerungen der **Gehälter, Honorare und Volontärs-Vergütungen** versucht die Geschäftsleitung des MDR den Beschäftigten die weiteren wichtigen Forderungen „abzukaufen“. Die weitere Erhöhung um 2,35 % ab dem 1.4.2018 war schon Bestandteil des Angebotes der letzten Verhandlungsrunde.

Zudem versucht die Geschäftsleitung, den **Nachhaltigkeitsfaktor** von 2,5 %, der aus der letzten Honorarrunde resultiert, als neues „Zugeständnis“ zu verkaufen.

Bei drei weiteren wesentlichen Forderungen hat sich der MDR nicht oder nur unzureichend bewegt:

- Die **Sonn- und Feiertagshonorare** sollen zwei Mal um jeweils 5 % auf 30 % bzw. 85 % erhöht werden. Und zwar weiter nur auf der Berechnungsbasis der Mindesthonorare. Diese Honorare müssen im Unterschied zu den entsprechenden höheren Zuschlägen für die festen MitarbeiterInnen voll versteuert werden und sollen dann auch noch für 6 Jahre - bis 2023 -eingefroren werden.
- Der **Familienzuschlag/Kinderzuschlag für feste und freie MitarbeiterInnen** wurde durch die Geschäftsleitung des MDR mit einer totalen Blockade belegt. Sie ist lediglich zu einer unverbindlichen Verhandlungsoption ab 2018 bereit. Der MDR bleibt somit die einzige ARD-Anstalt, die keine entsprechende Regelung hat.
- Keine Bewegung gab es bei der Erhöhung der **Angebotsgarantie im BTV**, die wieder nur einmalig um 1 % gesteigert werden soll und damit weit hinter den Honorarerhöhungen zurück bleibt, was für betroffene Freie MitarbeiterInnen erhebliche Nachteile zur Folge hat.

Zur Vollständigkeit des neuen Angebotes gehören auch die Erhöhung der Obergrenze für die soziale Schutzbedürftigkeit auf 76.000 €, die Tarifierung des so genannten Kaltprogramms (nicht sendewirksame Leistungen), die Erhöhung der Fort- und Weiterbildungshonorare für einen halben Tag auf 50 € und einen ganzen Tag auf 100 € und die Steigerung der Vergütung für Auszubildende in diesem und im nächsten Jahr um jeweils 35 €.

Die KollegInnen in Leipzig wollen die Tarifrunde weiterhin mit Aktionen begleiten, u. a. erwarten sie von der Geschäftsleitung eine Zusage, dass die Tariferhöhungen nicht zu Reduzierungen bei der Beschäftigung führen.

Die Gewerkschaften haben der Geschäftsleitung die Fortsetzung der Verhandlungen noch in dieser Woche angeboten. Leider hat diese erst am 28. September 2017 dafür Zeit.

Ihre/Eure Gewerkschaften